

Schwacher Euro dämpft Tanktourismus

Weniger Einnahmen von Ölwirtschaft und Bundeskasse, aber bessere Klimabilanz

Von Hanspeter Guggenbühl

Zürich. Deutschland, Frankreich und Italien besteuern das Benzin seit Jahrzehnten stärker als die Schweiz. Ausländische Touristinnen und Grenzgänger tanken darum bevorzugt an Schweizer Zapfsäulen. Zudem locken viele grenznahe Tankstellen ausländische Kunden mit tieferen Euro-Preisen gezielt an. Folge: Jeder zehnte Liter Benzin, den Autofahrende hierzulande tanken, wird im Ausland durch den Vergaser gespritzt und in CO₂ umgewandelt. Das macht die Erdöl importierende Schweiz zum «Best»: zum Benzin exportierenden Staat. Das bestätigten in den vergangenen Jahren mehrere Studien über den Tanktourismus.

Bei diesen zehn Prozent Benzineport handelt es sich um einen langjährigen Durchschnitt. Steigt der Marktpreis für Treibstoff, so nehmen Preisdifferenz und Tanktourismus zu, weil der höhere Satz der Mehrwertsteuer in der EU stärker ins Gewicht fällt. In den Jahren 2007 und 2008 etwa, als der Erdölpreis Rekordhöhen erreichte und ein Euro mehr als 1.60 Franken kostete, zahlten Autofahrende an Tankstellen in Deutschland, Frankreich und Italien bis zu 50 Rappen mehr als in der Schweiz.

Höhepunkt überschritten

Doch seit 2007 sank der Wert des Euro von damals 1.65 auf heute rund 1.20 Franken. Der Marktpreis für Erdöl, der Mitte 2008 den Höhepunkt überschritt, ist heute ebenfalls tiefer als Mitte 2008. Die Folge dieser Entwicklung: > Der Preisvorteil für Benzin an Schweizer Tankstellen schmolz kontinuierlich von durchschnittlich 55 Rappen pro Liter im Jahr 2007 auf weniger als 20 Rappen Ende Juni 2010. Das zeigen die monatlichen Erhebungen der Schweizer Zollverwaltung über die Preise an Schweizer und ausländischen Grenztankstellen (siehe Grafik). Eine noch kleinere Differenz der aktuellen Benzinpreise im In- und Ausland zeigt die Erhebung des TCS, weil diese auch Tankstellen im Landesinnern erfasst. > Die Schweizer Preise für Dieseltreibstoff, die 2007 und 2008 ebenfalls tiefer waren als im Ausland, sind heute wieder höher als in den Nachbarstaaten.

Der Euro-Zerfall und die Benzinepreis-differenz wirken sich auch in der Praxis aus. Das zeigen Recherchen dieser Zeitung: Seit 2009 habe der Benzinverkauf kontinuierlich, in den letzten Monaten sogar «katastrophal abgenom-



Grenztankstellen haben Grund zur Klage. Der Euro-Kurs sinkt und mit ihm die Preisdifferenz für Benzin. Foto Key, Grafik Baz/reh

men», sagt etwa Katica Basnic, Leiterin der Esso-Tankstelle in Bagen. In den Jahren 2006 bis 2008 standen in diesem grenznahen Schaffhauser Dorf die Autos mit deutschen Kontrollschildern noch in Kolonnen vor den Zapfsäulen. Heute, sagt Basnic, warte sie jeweils bis zu einer halben Stunde auf den nächsten Kunden. Einen Absatzrückgang von 15 Prozent registriert die Avia-Partnerin Lang Energie AG bei ihren Grenz-tankstellen; dies allein in den ersten fünf Monaten 2011 gegenüber der Vorjahresperiode. Manche Grenz-tankstellen versuchen trotz geschrumpfter Preisdifferenz ihre Kundschaft mit unersetzten Euro-Preisen oder günstigen Wechselkursen zu halten und nehmen damit tiefere Margen in Kauf.

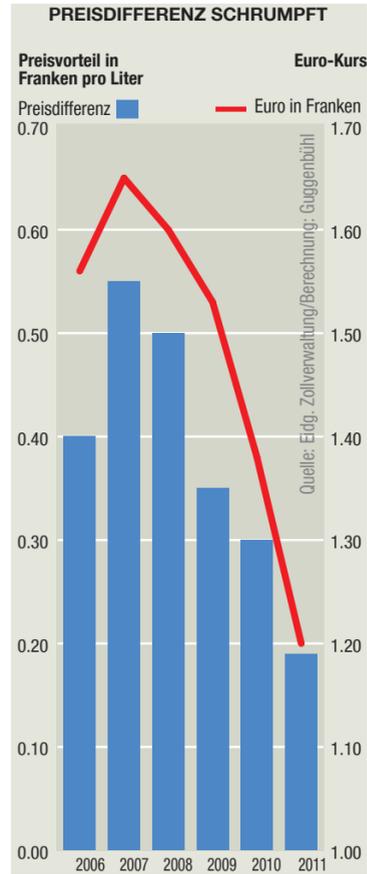
Konkurrenzgründe

«Wir spüren die Stärke des Franken und den Rückgang des Tanktourismus», sagt auch Bertrand Cornaz, Sprecher von Esso Schweiz. Er will aus Konkur-

renzgründen aber keine quantitativen Angaben machen.

Konkrete Zahlen hat und nennt jedoch BP-Sprecherin Isabelle Thommen: In den vergangenen zwölf Monaten habe der Treibstoffabsatz an den 82 BP-Tankstellen, die ab der Landesgrenze in zehn Minuten erreichbar sind, um durchschnittlich fünf Prozent abgenommen. Das sei, sagt Thommen, «nicht katastrophal, aber es tut weh».

Vom Benzin, das Ausländer in der Schweiz tanken, profitiert neben der Ölwirtschaft auch der Staat: Im Jahr 2008 etwa spülte der Tanktourismus laut Berechnung des Bundes 340 Millionen Franken in Form von zusätzlichen Mineralöl- und Mehrwertsteuern in die Bundeskasse. Wenn die Schweiz den Benzinpreis – zum Beispiel mit einer CO₂-Abgabe – um 20 Prozent erhöhte, so rechnete das Bundesamt für Energie letztes Jahr vor, «würde der Tanktourismus um fast die Hälfte einbrechen». Aus diesem Grund lehnten Bundesrat und



Parlament die – energie- und klimapolitisch erwünschte – CO₂-Abgabe auf Treibstoffen stets ab.

Absatz von Benzin und Diesel

Was die Politik nicht schaffte, das bewirkt nun die Euro-Schwäche: Der Rückgang des Tanktourismus senkt die Steuereinnahmen aus dem inländischen Benzinabsatz. Auf der anderen Seite verbessert er die Schweizer CO₂-Bilanz – zumindest auf dem Papier. Denn die Grundlage für die Bemessung der CO₂-Emissionen aus Treibstoffen bildet laut Kyoto-Protokoll der Absatz von Benzin und Diesel (nicht der schwierig zu erfassende CO₂-Ausstoss im Inland).

Somit wird die Schweiz zumindest im Jahr 2011 den Klimavertrag von Kyoto weniger krass verletzen als in den Jahren 2008 bis 2010. Paradoxerweise kompensieren damit Schwankungen auf dem Devisenmarkt zumindest temporär die klimapolitische Untätigkeit der Schweiz.

Die Sonne soll Europas Süden retten

Eine Gruppe von Ex-Regierungschefs propagiert Investitionen zum Klimaschutz

Von Christian Mihatsch

Brüssel. Vergangene Woche wurde in Deutschland die Energiewende verabschiedet und die Euro-Finanzminister haben eine weitere Tranche des Griechenland-Rettungskredits freigegeben.

Diese beiden Ereignisse haben auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun. Doch auf den zweiten Blick lassen sich Synergiepotenziale erkennen, wie der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble in einem Interview mit der Wochenzeitung «Die Zeit» bereits bemerkt hat: «Griechenland hat eine viel höhere Anzahl von Sonnenstunden im Jahr als wir in Deutschland und könnte Strom zu uns exportieren. Die griechische Wirtschaft hätte damit ein wettbewerbsfähiges Exportgut und ein begehrtes dazu.»

Sonnenenergie aus Athen

Ähnlich äussert sich auch der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt gegenüber der «Zeit»: Griechenland müsse eine Wohlstandsperspektive eröffnet werden: «Zum Beispiel die Integration Griechenlands in eine Energiewende, sodass Sonnenenergie aus Athen nach Nord- und Mitteleuropa exportiert werden kann.»

In eine ähnliche Richtung denkt nun auch ein Kreis ehemaliger Regierungschefs wie Giuliano Amato (Italien), Michel Rocard (Frankreich), Mario Soares (Portugal) und Guy Verhofstadt (Belgien): Sie fordern einen New Deal nach dem US-Vorbild aus den Dreissigerjahren, als Präsident Roosevelt die Wirtschaft mit einer Kombination aus Wirtschafts- und Sozialreformen sowie grossen Infrastrukturprojekten aus der Wirtschaftskrise führte.

Anleihen für den Aufschwung

Amato, Verhofstadt und die anderen renommierten Politiker stellen sich insbesondere hinter die Forderung von Jean-Claude Juncker, dem Regierungschef von Luxemburg und Chef der Euro-Gruppe, nach der Einführung von Euro-Bonds, also gemeinsamen Staatsanleihen der Euro-Länder. Solche Anleihen sollen helfen, «den Wirtschaftsaufschwung zu finanzieren, statt Sparmassnahmen durchzuführen». Denn ohne Wachstum wird Griechenland nicht aus der Krise finden, weiss auch Schäuble: «Ohne solche Wachstumsperspektiven würde ich mich sehr schwer tun, dem deutschen Steuerzahler das erhebliche Risiko eines neuen Programms aufzubürden.»

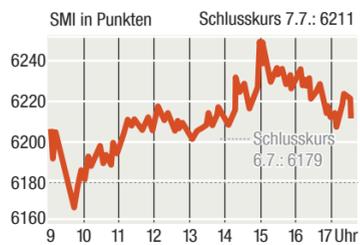
Die Vorschläge der Elder Statesmen und des deutschen Finanzministers zielen also darauf ab, die beiden grössten Herausforderungen Europas gemeinsam zu lösen: die Gefahr einer Renationalisierung in der europäischen Politik und die Klimakrise, die einen radikalen Umbau der Industriegesellschaft – weg von fossilen Energieträgern – erforderlich macht.

Europa kann der Welt zeigen, dass sich Wohlstand und Klimaschutz vereinbaren lassen. Die EU hat sich ohnehin zum Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen in den nächsten vierzig Jahren um 80 bis 95 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Doch dazu sind gigantische Investitionen erforderlich.

Und genau darauf zielt der Vorschlag der Elder Statesmen ab, nach dem Motto: Wenn wir schon so viel Geld in die Hand nehmen müssen, warum sollen wir dann nicht auch gleich den Griechen eine Wachstumsperspektive geben und vor allem den komparativen Vorteil der Club-Med-Staaten, Spanien, Portugal, Italien und Griechenland, nutzen?

Und der Vorteil dieser Länder ist ihre sonnige Lage – das wissen Millionen von Mittelmeer-Touristen aus eigener Erfahrung.

börse



Zyklischer gewinnen

STIEGENDE RISIKONEIGUNG. Der Schweizer Aktienmarkt hat gestern fester geschlossen. Die Dividendenpapiere wurden am Nachmittag vorübergehend von positiven Signalen vom US-Arbeitsmarkt beflügelt. Der SMI schloss 0,51 Prozent fester bei 6211,11 Punkten. Der SLI rückte um 0,44 Prozent auf 966,24 und der breite SPI um 0,51 Prozent auf 5710,28 Zähler vor. Nach einem Zwischenfall auf einer Bohrinsel in Ghana fielen die Papiere von Transocean mit -1,9 Prozent ans Ende der Bluechips zurück. Auch die Aktien der Grossbanken Credit Suisse (-0,5 Prozent) und UBS (-0,3 Prozent) lagen unter dem Gesamtmarkt. Kräftige Gewinne erzielten Zykliker. ABB stiegen um 2,5 Prozent. Richemont gewannen mit der steigenden Risikoneigung der Investoren 1,9 Prozent, Weatherford 1,2 Prozent, SGS 1,2 Prozent und Geberit 0,8 Prozent. SDA

nachrichten

Thyssen-Krupp verkauft Milliarden-Aktienpaket

Essen. Im Kampf gegen die gewaltige Schuldenlast hat der Stahlkonzern Thyssen-Krupp seine selbst gehaltenen Aktien für rund 1,6 Milliarden Euro verkauft. Mit dem Schritt sollte das Eigenkapital gestärkt und die Schulden sollten reduziert werden, teilte Thyssen-Krupp am Donnerstag in Essen mit. An der Börse löste die Aktienplatzierung einen Kursverfall aus. Die Papiere verloren 5,15 Prozent auf 32.96 Euro. SDA

Credit Suisse kauft Zermatter Seiler-Hotels

Zermatt. Ein Fonds der Credit Suisse übernimmt die traditionsreichen Seiler-Hotels in Zermatt mitsamt dazugehörigen Liegenschaften und Grundstücken. Der CS Real Estate Fund Hospitality bezahlt dafür 178,3 Millionen Franken. Die Seiler-Hotels Zermatt bleiben aber Betreiber der Hotels. Sie haben mit dem Fonds einen entsprechenden Mietvertrag für die nächsten 15 Jahre mit Optionen auf Verlängerung geschlossen. SDA

UBS rangelt in Asien um superreiche Kunden

Tokio. Als superreich oder Ultra-High-Net-Worth-Kunde gilt bei der UBS, wer mehr als 50 Millionen Dollar investieren kann. Die UBS, die in Asien mit Rivalen wie Citigroup und HSBC sowie lokalen Anbietern um superreiche Kunden rangelt, ist dort Marktführer. Ende 2010 entfielen 22 Prozent der im Wealth Management verwalteten Vermögen von insgesamt 768 Milliarden Franken auf Kunden aus dieser Region. Diese Kundengelder sollen in den nächsten drei bis fünf Jahren um 10 bis 20 Prozent ausgebaut werden. Dazu soll die Zahl der Kundenbetreuer in Asien um bis zu ein Drittel auf 1200 steigen. SDA

eBay übernimmt Online-Bezahldienst Zong

San Jose. Für 240 Millionen Dollar übernimmt eBay den Online-Bezahldienst Zong. Damit will eBay die Marktstellung seines eigenen Bezahlsystems PayPal ausbauen und stärken. Zong ermöglicht Internetnutzern den Einkauf virtueller Güter in sozialen Netzwerken und bei Online-Spielen. SDA

Addex will ein Viertel der Belegschaft entlassen

Genf. Die Genfer Biopharmafirma Addex plant, im Zuge von Restrukturierungen ein Viertel seiner Belegschaft zu entlassen. Damit will das Unternehmen jährlich rund acht Millionen Franken einsparen und seine finanzielle Zukunft bis 2013 sichern. Derzeit wird ein Konsultationsprozess durchgeführt. Im vergangenen Jahr arbeiteten rund 120 Personen für den Pharmakonzern, der einen Umsatz von vier Millionen Franken erzielte. Der Reinverlust betrug 33,6 Millionen. SDA

Aufschwung beschert Würth Gewinnprung

Stuttgart. Der deutsche Schrauben- und Werkzeughändler Würth hat Umsatz und Gewinn im ersten Halbjahr 2011 deutlich steigern können. Dank der boomenden Weltwirtschaft stiegen die Erlöse um 15 Prozent auf 4,8 Milliarden Euro. Das Betriebsergebnis legte um ein Viertel auf 245 Millionen Euro zu. In der Schweiz beschäftigte Würth im vergangenen Jahr 1494 Angestellte und erzielte einen Umsatz von 708,7 Millionen Franken. SDA

Im August will Saab die Produktion neu starten

Stockholm. Nach fast vier Monaten Zwangspause sollen bei Saab wieder Autos vom Band rollen. Wie das Unternehmen gestern in Trollhättan mitteilte, wird der 9. August als Produktionsstart angepeilt. Seit April hat das westschwedische Stammwerk so gut wie permanent stillgestanden, weil Saab kein Geld mehr zur Bezahlung von Zulieferern hatte und Ende Juni auch Löhne und Gehälter nicht termingerecht überweisen konnte. DPA